

**Stefan Garsztecki, Thomas Laux,
Marian Nebelin (Hg.)**

BRENNPUNKTE DER »NEUEN« RECHTEN

**Globale Entwicklungen
und die Lage in Sachsen**

[transcript] X T E X T E

Aus:

Stefan Garsztecki, Thomas Laux, Marian Nebelin (Hg.)

Brennpunkte der »neuen« Rechten

Globale Entwicklungen und die Lage in Sachsen

März 2024, 342 S., kart., 14 SW-Abb., 2 Farbbabb.

42,00 € (DE), 978-3-8376-6579-6

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-6579-0

EPUB: ISBN 978-3-7328-6579-6

In den letzten Jahrzehnten hat die sogenannte »neue« Rechte in Deutschland sowie in Europa und Amerika an Sichtbarkeit und Einfluss in Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit gewonnen. Diese Entwicklung ist eng mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus und der Mobilisierung rechtsextremer Bewegungen verbunden. Die Beiträger*innen analysieren aus soziologischen, politik- und geschichtswissenschaftlichen sowie sozialpsychologischen Perspektiven die jüngsten Entwicklungen im Feld der »neuen« Rechten. Dazu nehmen sie sowohl globale Dynamiken als auch die Situation in lokalen Hotspots in Sachsen in den Blick und bieten so eine umfassende Zusammenschau neurechter Politiken über Ländergrenzen hinweg.

Stefan Garsztecki (Prof. Dr.) ist seit 2010 Inhaber der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der Technischen Universität Chemnitz.

Thomas Laux (Jun.-Prof.ßDr.), geb. 1984, ist Soziologe und arbeitet seit 2019 als Juniorprofessor für Europäische Kultur und Bürgergesellschaft am Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie, vergleichende Makrosoziologie und Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungsforschung.

Marian Nebelin (Prof. Dr. phil.), geb. 1982, ist Inhaber der Professur »Geschichte der Antike und der Antikerezeption in der Moderne« an der Technischen Universität Chemnitz. Er forscht u.a. zur Kulturgeschichte des Politischen in der Antike, zur Geschichte der Antikerezeption, zur Wissenschaftsgeschichte und zur Geistes-, Kultur- und Ideengeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6579-6

Inhalt

Geleitwort

Gerd Strohmeier 7

Die »neue« Rechte im Kontext

Globale Trends und regionale Entwicklungen

Stefan Garsztecki, Thomas Laux und Marian Nebelin 9

Die »Neue« Rechte in Sachsen: Erscheinungsformen und Dynamiken

Die Wahlmobilisierung der AfD in Sachsen und Bayern

Milieus, Framing und Koalitionen mit der »neuen« Rechten im regionalen Vergleich

Julian Polenz 47

Erfolgreiche Absorption oder Übersetzungsdefizit?

Zum Zusammenspiel rechter Protestakteure und der AfD

im Rahmen der Corona-Politik in Sachsen

Sarah Tell 75

Vom Netz auf die Straße

Mobilisierung und Radikalisierung durch soziale Medien am Beispiel der Kleinstpartei

»Freie Sachsen«

Susanne Rippl 97

»Gegen die da oben und die da unten«

Die Rolle ideologischer Einstellungen für die Abwertung von Geflüchteten

und Politiker:innen in Sachsen

Frank Asbrock und Deliah Bolesta 115

Anastasia als Brückenspektrum zwischen extremer Rechter und alternativen Milieus	
<i>Manuela Beyer</i>	137

Neue und alte Rechte in Chemnitz	
Knotenpunkte eines Netzwerks	
<i>Johannes Grunert und Johannes Kiess</i>	157

Europäische und globale Schlaglichter auf die »neue« Rechte

»Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde«	
Zur Bedeutung des Antisemitismus in der Neuen Rechten: Perspektiven für die politische Bildungsarbeit	
<i>Christoph Wolf</i>	179

(Neue) Rechte, Querdenker:innen und algorithmische Querfrontphänomene	
<i>Marcus Nolden</i>	199

Migration, Biopolitiken, Alltagsrassismus	
Europäische Grenzen und populäre Diskurse	
<i>Heidrun Frieze</i>	223

Antike im Kulturkrieg	
Antikerezeption in der »neuen« Rechten in Frankreich, Deutschland und den USA (Nouvelle Droite; Identitäre Bewegung; Alt-Right)	
<i>Frank Görne, Katarina Nebelin und Marian Nebelin</i>	255

Erst das Vaterland, dann Europa	
Ideologische Traditionslinien und aktuelle Politikentwürfe der »neuen« Rechten in Polen	
<i>Stefan Garsztecki</i>	299

Das Wiederaufleben der radikalen Rechten in der Tschechischen Republik im Gewand der »neuen« Rechten	
<i>Lukáš Novotný</i>	319

Anhang

Autor:inneninformation	337
-------------------------------------	-----

Geleitwort

Gerd Strohmeier¹

Nur wenige Wochen vor Beginn der Ringvorlesung »Neue Rechte: Themen und Tendenzen der Forschung« an der TU Chemnitz fragte mich ein Kollege, ob wir als Universität nicht zu politisch agierten. Als Beispiele nannte er unsere Wahlprüfsteine zur Chemnitzer OB-Wahl, unsere Reaktion auf die schrecklichen Ereignisse in Chemnitz im August 2018, unser Bekenntnis zu Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit sowie auch das symbolische Einfärben unseres Logos, etwa in den Nationalfarben der Ukraine.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Universität nicht zu politisch agieren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben, der wir uns stellen sollten – und müssen. Zudem ist fraglich, inwiefern ein Agieren als politisch bzw. »zu politisch« einzuordnen ist.

Erstens agiert man – auch als Universität – immer politisch. Wenn man, etwa vor dem Hintergrund der Ereignisse in Chemnitz im August 2018, ein politisches Signal aussendet, agiert man zweifelsohne politisch. Wenn man darauf verzichtet, tut man dies jedoch auch. Schließlich ist die Entscheidung, sich nicht einzumischen, eine politische Entwicklung hinzunehmen, die Dinge zu akzeptieren, wie sie sind, ebenfalls politisch. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung, vornehmlich der zunehmenden Polarisierung wie Radikalisierung der Gesellschaft, erscheint es allerdings zunehmend geboten, klare politische Signale auszusenden.

Zweitens hat eine Universität selbstverständlich das Neutralitätsgebot zu beachten und sich nicht in den politischen Diskurs der demokratischen Parteien einzumischen. Sie hat sich jedoch klar vor zentrale politische Prinzipien und Wertgrundlagen zu stellen – insbesondere das Völkerrecht und die freiheitliche demokratische Grundordnung, die ja auch durch das Grundgesetz, über Art. 79 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 4, einen besonderen Schutz genießt. Ernst Fraenkel hat darauf hingewiesen, dass es nicht nur der Konkurrenz der Interessen bedarf, sondern auch eines »Minimums an Homogenität« – nicht zuletzt, um einen Wandel zu einem politischen System zu verhindern, in dem, wie es Fraenkel beschrieb, ein »Maximum an Homogenität« angestrebt wird.

1 Prof. Dr.; Rektor der TU Chemnitz.

Drittens erscheint es sinnvoll, auf den Unterschied zwischen Legalität und Legitimität hinzuweisen. Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim – nicht alles, was legal ist, hat, wie es einst Helmut Schmidt ausgedrückt hat, »eine innere moralische Rechtfertigung«. Fehlt diese, ist es richtig und wichtig, darauf hinzuweisen – und diese konsequent einzufordern.

Vor dem Hintergrund ist es keineswegs so, dass wir als Universität zu politisch agieren, sondern nur unserer Verantwortung bestmöglich gerecht werden. Dies ist äußerst wichtig – aber keineswegs ausreichend. Als Universität müssen wir uns auch wissenschaftlich mit gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere der zunehmenden Polarisierung wie Radikalisierung der Gesellschaft, auseinandersetzen. Dazu hat die Ringvorlesung »Neue Rechte: Themen und Tendenzen der Forschung« einen bedeutenden Beitrag geleistet, wofür ich insbesondere den Kollegen Stefan Garsztecki, Thomas Laux und Marian Nebelin sowie allen weiteren Beteiligten ganz herzlich danken möchte.

Die »neue« Rechte im Kontext

Globale Trends und regionale Entwicklungen

Stefan Garsztecki, Thomas Laux und Marian Nebelin

1 Einleitung

Rechtsextremismus als gesellschaftliches, politisches und strafrechtliches Phänomen hat in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zunehmende Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Wissenschaft erfahren.¹ Selbstverständlich wurde Rechtsextremismus als gesellschaftliches und politisches Problem mitsamt den dadurch motivierten Straftaten in Deutschland bereits zuvor wahrgenommen – man denke in diesem Zusammenhang etwa an die Diskussionen um die rechtsextremen Ausschreitungen in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992), anlässlich der Wahlerfolge der Republikaner in Baden-Württemberg in den 1990er-Jahren oder der NPD in Sachsen zwischen 2004 und 2014. Allein zwischen 1990 und 2020 wurden zudem mindestens 187 Menschen in Deutschland von Rechtsextremist:innen ermordet (Blickle u.a. 2020). Trotz dieser Ereignisse in der jüngeren Geschichte Deutschlands lässt sich im Anschluss an Armin Pfahl-Traugher (2022: 146) seit dem Jahr 2010 ein politischer »Rechtsruck« in Deutschland feststellen, der im Wesentlichen in »einem Bedeutungsanstieg ›rechter‹ Politikvorstellungen« besteht, und dies nicht nur erwartbar in rechten Milieus, sondern zunehmend auch in der gesellschaftlichen Mitte (siehe hierzu etwa Schütz et al. 2021).

Dieser diagnostizierte Rechtsruck fußt weniger auf der Aufdeckung der rechtsterroristischen Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011, die zu einem »erstaunliche[n] Erstaunen« (Mayer 2013: 19) auf Seiten der Politik, der Medien und der Sicherheitsorgane über die realen Gefahren des Rechtsextremismus in Deutschland führte.² Der festgestellte Wandel nach rechts zeigt sich hingegen auch im seit 2013 durch die Etablierung der Alternative für

1 Rechtsextremismus wird nach einer Befragung im Rahmen der Mitte-Studie 2021 als größte Bedrohung für Deutschland wahrgenommen (Zick 2021: 27).

2 Im letzten Jahrzehnt lässt sich auch ein Anstieg von rechtsextremistisch-motivierten Straf- und Gewalttaten beobachten (Heitmeyer et al. 2021: 33, 35).

Deutschland (AfD) veränderten deutschen Parteiensystem sowie in einer zunehmend zu beobachtenden Ambivalenz gegenüber rechtsextremen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, die als ideologische Offenheit gedeutet werden kann (Küpper et al. 2021: 108). Zugleich entwickelt sich die organisierte und etablierte Zivilgesellschaft, z.B. Gewerkschaften, Kirchen oder Sportvereine, zum Handlungsfeld rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Akteure, um Ressourcen zu mobilisieren und Veränderungen in deren Sinne anzustoßen (Schroeder et al. 2020: 733).

Die beobachtbar sinkende Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Gesamtbevölkerung (Küpper et al. 2021: 108) taugt jedoch nur auf den ersten Blick als Beleg gegen die These eines Rechtsrucks, denn es zeigen sich vermehrt Unterschiede im Hinblick auf rechtsextreme Gesinnungen innerhalb der Bevölkerung und zwischen Regionen. So unterscheidet sich die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen auf Ebene der Bundesländer in bemerkenswertem Ausmaß, wobei vor allem in Ostdeutschland höhere Sympathien vorzufinden sind als in Westdeutschland (Rees et al. 2021: 117). Auch nehmen rechtsextreme Einstellungen im Durchschnitt zwar unter jüngeren Menschen ab, aber gerade in Ostdeutschland machen Junge und Mittelalte in einem nicht unerheblichen Ausmaß die Wählerschaft der AfD aus (Küpper et al. 2021: 109). Hieran wird deutlich, dass eine alleinige Fokussierung auf empirischen Trends in Form aggregierter Mittelwerte den Blick für regionale Unterschiede, spezifische Milieus und zusammenwirkende Bedingungskonstellationen zu verdecken droht (vgl. Mahoney und Goertz 2006: 245; Schulze 2019: 29–54). Der besagte Rechtsruck bezeichnet neben manifesten Veränderungen, wie der Etablierung der AfD im deutschen Parlamentarismus, auch einen latenten Wandel in Gestalt einer schleichenden Normalisierung und Institutionalisierung rechtsextremen Gedankenguts und einer wachsenden Hinnahme von öffentlicher Agitation dieser Ideologie in Öffentlichkeit und Gesellschaft (Heitmeyer et al. 2021: 267; Pfahl-Traughber 2022: 146).

Vor diesem Hintergrund steht nun im Fokus dieses Bandes die Entwicklung der »neuen« Rechten in Sachsen. Diese Themenwahl ist nicht zuletzt zum einen dem Arbeitsort der Herausgeber sowie einem Großteil der Autor:innen geschuldet.³ Zum anderen ist die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Sachsen in besonderem Maße durch den Einfluss und die Sichtbarkeit rechtsextremer sowie »neu«-rechter Akteure geprägt: So konnte sich PEGIDA ab 2014 als rechtsextreme Protestbewegung bundesweit nur in Sachsen etablieren (Virchow 2016b). Auch gewann die

3 Der Band geht auf eine Ringvorlesung an der TU Chemnitz im Sommersemester 2022 zurück, die von den Herausgebern initiiert und durchgeführt wurde. Wir möchten uns bei allen Vortragenden für ihre anregenden Vorträge sowie dem Publikum für seine Fragen und Anmerkungen ganz herzlich bedanken. Rudolf Boch hat dankenswerterweise die Entstehung dieser Publikation in besonderem Maße befördert.

AfD zehn von 16 sächsischen Direktmandaten bei der Bundestagswahl 2021 und erreichte mit 24,6 % ihr stärkstes Zweitstimmenergebnis in einem Bundesland (Freistaat Sachsen 2021). Zudem fanden in Chemnitz im Sommer 2018 rechtsextreme Ausschreitungen in einem bis dahin kaum vorstellbaren Maße statt (für eine Chronologie der Ereignisse siehe Brichzin et al. 2022: 16–22).

Der politische Rechtsruck sowie die Etablierung rechtsextremer und »neu«-rechter Akteure ist jedoch keineswegs auf Sachsen oder Deutschland begrenzt, sondern stellt ein globales Phänomen dar. Die Hintergründe dieser Entwicklung wie das Spektrum der damit verbundenen Prozesse sind komplex und vielfältig. So erscheint das Erstarken der »neuen« Rechten mittlerweile nicht mehr – wie noch zu Beginn des Jahrtausends – als Ausdruck »situative[r] Gelegenheitsstrukturen« und »nachindustrieller Konfliktstrukturen«, in denen lediglich »Verteilungskonflikte« durch »Konflikte um Kultur und Kulturen« ersetzt wurden (Jaschke 2006: 80) – auch wenn letzteres natürlich ideologisch eine zentrale Rolle spielt. Die möglichen Ursachen des weltweiten Erstarkens »neu«-rechter Bewegungen liegen in gesamtgesellschaftlichen, zum Teil globalen Entwicklungstendenzen, die angesichts einer langen Kette globaler Krisenerfahrungen (z.B. Banken-, Klima- und Coronakrise) besonders virulent geworden sind. Die jüngsten Krisenjahre haben dabei augenscheinlich als Verstärker oder Beschleuniger der Entwicklung gewirkt.

Der vorliegende Band versammelt hierzu Studien mit unterschiedlichem räumlichem Fokus, um die jeweiligen Gemeinsamkeiten und Unterschiede adäquat zu beleuchten. Hierbei zeigen sich auch verschiedene Kontexte für das Erstarken und die Etablierung der »neuen« Rechten. Die Fokussierung auf die »neuen« Rechten ergibt sich daraus, dass sie, so unsere Annahme, von zentraler Bedeutung für das Verstehen und die Erklärung ebenjener Rechtsrucks sind, sei es in Sachsen, Deutschland oder in anderen Staaten und Regionen. Ihr Gefährdungspotential für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Demokratie sowie die Grundrechte speist sich aus der sozialen Wirkmächtigkeit ihrer Ideen. Dies schließt an Überlegungen aus der politischen Kulturforschung an, die darauf hinweist, dass für die Analyse des Wandels von politischen Kulturen – in diesem Fall der skizzierte Rechtsruck – sowohl Einstellungen als auch gesellschaftliche und politische Manifestationen zu beachten seien (Rohe 1990: 336–337). Diese Manifestationen verschieben den analytischen Fokus auf das Zusammenwirken von Ideen der »neuen« Rechten und dem beobachtbarem Handeln ihrer Träger:innen, einem strukturellen Zusammenhang, auf den bereits Max Weber (1988: 252) aufmerksam gemacht hat (Lepsius 1986: 21–24; Rohe 1990: 333).⁴ Die Beiträge dieses Bandes

4 »Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ›Weltbilder‹, welche durch ›Ideen‹ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte« (Weber 1988: 252).

folgen dieser Analyseperspektive, um die relevanten Trägergruppen der »neuen« Rechten in Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu identifizieren und Einsichten über ihre Organisationsformen und Strategien zu gewinnen (vgl. Pfahl-Traugher 2022: 18).

Mit dem Begriff »neuer« Rechter ist zunächst eine »extremistische [...] Intellektuellengruppe« gemeint, die das Ziel verfolgt »einen politischen Umsturz »vor[zu]denken«, um sowohl die liberale Demokratie abzuschaffen als auch den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte teilweise rückgängig zu machen (ebd.: 14; vgl. Weiß 2020: 15–38; Pfahl-Traugher 2020: 148). Letzteres betrifft etwa die Ausübung von Grundrechten, Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter, die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels, das Asyl- und Einwanderungsrecht sowie, falls für das jeweilige Land zutreffend, den Prozess seiner europäischen Integration.

Hierbei teilt die »neue« Rechte viele Grundüberzeugungen des »klassischen« Rechtstextremismus (Heitmeyer et al. 2021: 58–61; Pfahl-Traugher 2022: 14; Weiß 2020: 263–265),⁵ ist jedoch auch anschlussfähig an den (Rechts-)Konservativismus und den Rechtspopulismus (Breuer 2010: 8–9; Jaschke 2006: 76). Aufgrund dessen ist die »neue« Rechte ein konstitutiver Bestandteil einer relativ starken Bewegung des »autoritären Nationalradikalismus« (Heitmeyer 2018b), was ihre gesellschaftliche und politische Bedeutung begründet.⁶ Der Kategorisierung als soziale Bewegung ergibt sich anhand einer geteilten Identität und dem gemeinsamen bzw. koordinierten Handeln der jeweiligen beteiligten Gruppen und Organisationen (vgl. Rucht 2002: 78–81; Rucht und Neidhardt 2007: 634).

Solche ideologisch durchaus diffuse Bewegungen konnten in den letzten Jahrzehnten in zahlreichen Ländern eine große Zahl von Bürger:innen mobilisieren und haben damit neben den politischen Landschaften auch die öffentlichen Diskurse sowie die Einstellungen ihrer Anhänger:innen verändert. Die ideologische Diffusität der »neuen« Rechten ist durchaus strategisch, um möglichst anschlussfähig für unterschiedliche rechtsextreme, rechte oder konservative Milieus zu sein (Pfahl-Traugher 2022: 144). Jedoch lassen sich einige ideologische Kernelemente der »neuen« Rechten identifizieren: So werden der Liberalismus und seine Errungenschaften,

5 Hierzu sei auf die »Konsens-Definition des »Rechtsextremismus« (Virchow 2016a: 17) verwiesen, wonach es sich um ein »Einstellungsmuster [handelt], dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (Niedermayer nach Kreis 2007: 12 in Virchow 2016a: 17).

6 Die zentralen Merkmale des »autoritären Nationalradikalismus« sind ein »Kontrollparadigma gegenüber Politik und Gesellschaft«, »die Betonung der exzeptionellen Stellung des deutschen Volkes« und ein radikaler »Mobilisierungsstil« (Heitmeyer 2018b: 118).

inklusive der individuellen Menschenrechte und der »pluralistische[n] Demokratie« (ebd.: 149), grundsätzlich abgelehnt (ebd.: 129–132; Weiß 2020: 21).⁷ Stattdessen steht im Zentrum des Gesellschafts- und Politikmodells der »neuen« Rechten die »ethnisch-kulturelle Identität« (Pfahl-Traughber 2022: 142). Der zugrundeliegende »Ethnopluralismus«, also die vorgestellte und angestrebte »Gleichwertigkeit homogener Völker in ihren angestammten Lebensräumen«, hat den Rassismus auf der semantischen Ebene ersetzt, zielt inhaltlich durch seinen »Glauben an ethnische Homogenität und d[ie] Verbindung von Volk und Raum« jedoch ebenso auf den Ausschluss anderer und des Anderen ab (Weiß 2020: 34; vgl. Daniel 2020: 185): »Die gemeinsame Grundlage dieses Konzepts mit jenem des klassischen Rassismus ist der Glaube, dass Völker ethnisch homogen sein müssen. Die Vermischung von Völkern führe zu Sittenverfall und in letzter Konsequenz zum »Ethnozid« (Kailitz 2004: 86). Diese offensichtlich mehr durch Selbstviktimisierungen als durch Angst, jedoch durchaus apokalyptisch-endzeitlich (vgl. Schnickmann 2021; Rhein 2023: 354–360) eingefärbte Anrufung der Homogenität dient dabei auch als Legitimation für die Etablierung eines »autoritäre[n] [...] Staatsmodell[s]« (Pfahl-Traughber 2022: 149).

Die »neue« Rechte ist somit aus ideologischer Sicht von der »alten« Rechten kaum zu unterscheiden, auch wenn sich einige ihrer Begriffe gewandelt haben. So hat etwa »Ethnopluralismus« den zuvor offen artikulierten Rassismus ersetzt (Schulze 2022: 186, 189; Weiß 2020: 13, 34). Im Titel des Bandes sowie auch in diesem Beitrag verwenden wir deshalb die Bezeichnung »neue« Rechte, um auf diese Weise eine Distanz gegenüber der Selbststilisierung der damit bezeichneten Akteure als »Neue Rechte« zu markieren. Bei der Selbstbezeichnung als »Neue Rechte« handelt es sich vielmehr um eine begriffliche Verhüllung geschichtlicher Beziehungen und inhaltlicher Bezüge, dem durch die veränderte Wortwahl Rechnung getragen wird. Möglicherweise ist das Neue weniger in der Ideologie zu verorten, als in den Strategien und Organisationsformen der »neuen« Rechten (vgl. Pfahl-Traughber 2022: 18).⁸ Die Strategien der »neuen« Rechten und ihre Organisationsformen erscheinen uns deshalb als geeignete Ansatzpunkte, um ihre Mobilisierungen und damit ihre Sichtbarkeit in Politik und Gesellschaft näher erfassen zu können.⁹ Auch lässt sich damit ermitteln, ob und, wenn ja, wie eine »neue« Rechte »tatsächlich auch aktuell existier[t]« (Langebach und Raabe 2016: 583).

7 Eine scharfe Ablehnung von gesellschaftlichem und politischem Pluralismus ist nach Müller (2017b: 66) auch ein strukturelles Merkmal des Populismus, woraus sich wiederum Überschneidungen mit der »neuen« Rechten ergeben.

8 Die genannten Dimensionen greifen Pfahl-Traughbers (2022: 18) Unterscheidung von »Analysekriterien« – »Ideologie, Organisation und Strategie« – auf.

9 Auf die zentrale Bedeutung von Organisation und Strategien für Mobilisierungsprozesse weist schon seit längerem die Protest- und Bewegungsforschung hin (Kern 2008; Rucht und Neidhardt 2007).

Um die aktuelle Bedeutung der »neuen« Rechten einzuordnen, gehen wir im Rahmen dieses einleitenden Beitrags sowohl auf ihre Entstehung (siehe Abschnitt 2) als auch auf ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen sowie Erscheinungen (siehe Abschnitt 3) näher ein. Auch das Ausmaß des Rechtsextremismus in Sachsen wird kurz ebenso beleuchtet wie globale Entwicklungen in der »neuen« Rechten (siehe Abschnitt 4). Dies alles bildet den Hintergrund für die im Band versammelten Studien, die konkrete Erscheinungsformen und Dynamiken der »neuen« Rechten in den Blick nehmen. Abschließend werden die Beiträge des Bandes kurz vorgestellt (siehe Abschnitt 5).

2 Die historische Dimension der »neuen« Rechten

Zur Geschichte der »neuen« Rechten, ihren Vordenkern und ihren Traditionen liegen bereits eine Vielzahl erkenntnisreicher Analysen vor (z.B. Langebach und Raabe 2016; Pfahl-Traugher 2022; Weiß 2020). Deshalb gehen die Beiträge des Bandes nicht zuvorderst auf die Genese der »neuen« Rechten ein. Für das Verständnis des Analysegegenstands scheint es jedoch angebracht, einführend kurz die Entwicklung der »neuen« Rechten zu skizzieren.

Die »neue« Rechte speist sich in der geschichtlichen *Longue durée* aus konservativen und rechten, aus völkischen, aber auch aus faschistischen bis nationalsozialistischen Strömungen, die traditionsgehistorisch bis in die Kaiserzeit zurückreichen.¹⁰ Weil die »neue« Rechte ursprünglich eine ihrem Selbstbewusstsein nach »intellektuell-elitäre« (»geistesaristokratische«) Bewegung gewesen ist, die erst im letzten Jahrzehnt partiell ihre elitäre Geschlossenheit aufgegeben und eine soziale Öffnung erfahren hat, lassen sich ausgesprochen präzise zwei Autoren benennen, die nicht nur die ideologischen Grundlagen dieser Strömung gelegt, sondern sie zugleich strategisch geformt haben: Der erste war der Schweizer Armin Mohler (1920–2003), der auf Grundlage seiner 1949 bei Herman Schmalenbach (1885–1950) und Jarl Jaspers (1883–1969) eingereichten Dissertation ein Werk vorlegte, mit dem eine personenbezogene Traditionsgeschichte vermeintlich konservativen Denkens jenseits des Nationalsozialismus begründet werden sollte (Breuer 1995: 1; Korfkamp 2018: 124; Weiß 2020: 39–63).

Mohlers Buch – »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932« – erschien 1950 das erste Mal und wurde in der Folge immer wieder neu aufgelegt (zuletzt in der 6. Auflage neu bearbeitet von dem »neu«-rechten Historiker

10 Zur Vorgeschichte der (radikalen) politischen Rechten von 1871 bis 1945 siehe Breuer (2010); zur Anatomie der Konservativen Revolution siehe Breuer (1995); zum völkischen Denken siehe Breuer (2008) und zum ideologischen Spektrum innerhalb der nationalsozialistischen Führung siehe Kroll (1998).

Karlheinz Weißmann) (vgl. Funke 2020: 158). Zwar wird bis heute der prosopographische Nutzen von Mohlers Buch auch von Kritikern anerkannt (so etwa durch Breuer 2010: 275), die Existenz der darin konstruierten konservativen »Diskursgemeinschaft« (Breuer 1995: 2) jedoch kritisch hinterfragt. Drei Aspekte lassen Mohlers Deutung fragwürdig erscheinen: Erstens hat Breuer (1995: 182–202) im Anschluss an Panajotis Kondylis gezeigt, dass die von Mohler angeführten Autoren (es handelt sich bei Mohlers Zusammenstellung weit überwiegend um Männer) nicht mehr dem Konservatismus zugeordnet werden können. Zweitens wird Mohlers Suggestion, dass es sich dabei zudem um eine vom Nationalsozialismus distanzierte Autorengruppe handle, fragwürdig, wenn man sich vergegenwärtigt, dass zu ihr auch »über Jahre glühende Anhänger« des Nationalsozialismus (Funke 2020: 161) wie der Jurist Carl Schmitt (1888–1985) gezählt werden, der zumindest zeitweilig nicht nur ideologisch mit dem Nationalsozialismus verbunden war, sondern auch praktisch mit ihm kooperierte (vgl. Hacke 2020: 30f.). Drittens war die Zusammenstellung unter politischen Imperativen erfolgt. Deshalb weist das Werk eine kaum verhohlene »geschichtsrevisionistische Stoßrichtung« auf (Stapper 2022: 44). Breuer (1995: 181) kommt denn auch zu einer klaren Bewertung: »Es führt kein Weg daran vorbei: ›Konservative Revolution‹ ist ein unhaltbarer Begriff, der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet. Er sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden.«¹¹

Doch so unhaltbar Mohlers Thesen wissenschaftlich auch sind: Die genealogisierende wie kanonisierende Wirkung seines Werkes ist kaum zu bestreiten. Mohler hat eine Traditionsgeschichte konstruiert, an der später die »neue« Rechte anknüpfen konnte, als sie sich um die historische Verortung bemühte, die ihre Legitimität nach Innen durch ihren vermeintlichen Bezug auf den Konservatismus und nach Außen hin durch ihre vorgebliche ›Unbelastetheit‹ durch Verflechtungen mit dem Nationalsozialismus gewinnen sollte (vgl. Stapper 2022). Dass dies trügerisch war, spielt in dieser politischen Lesart keine Rolle. Solchen Deutungen konnte Mohler später auch aus einer gesicherten institutionellen Position im intellektuellen Leben der Bundesrepublik Geltung verschaffen, als er 1964 Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München wurde (Stapper 2022: 45).

Neben diesem »in der Neuen Rechten [...] für lange Zeit unumstrittenen Guru« (Funke 2020: 157) übte den größten organisatorischen wie ideologischen Einfluss auf die Konstituierung »neu«-rechter Bewegungen der 1943 geborene Franzose Alain

11 Breuer (1995: 182) schlägt stattdessen eine »Reorganisation des Forschungsfeldes« vor. Statt von »Konservativer Revolution« ließen sich eher Verbindungslinien unter dieser Autorengruppe identifizieren, wenn man in ihnen die Repräsentanten eines »neuen Nationalismus« ausmache (ebd.). Ein wesentliches Merkmal sei der »revolutionär[e]« Charakter des »neuen Nationalismus«, worin seine Verbindungslinien zum Nationalsozialismus liege (vgl. ebd.: 189–194).

de Benoist (*1943) aus,¹² dessen konzeptionelle und organisatorische Ideen die globale »neue« Rechte direkt wie indirekt bis heute prägen. DeBenoist wirkte als zweiter wesentlicher »Gründungsakteur« der »neuen« Rechten und beeinflusste die Entwicklung ihrer Ideologie und deren organisatorische Verankerung (vgl. Pfahl-Traughber 1991: 124f.; Kailitz 2004: 84; Jaschke 2006: 76; Pfahl-Traughber 2020: 150f.). Organisatorisch spielte er insbesondere bei der Gründung der *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne* (GRECE) eine zentrale Rolle, die seit 1968 »neu«-rechtem Denken und Handeln eine politische Plattform in Frankreich bietet und auch infolge dieser Kontinuität zu einem Vorbild für spätere »neu«-rechte Institutionen wurde (vgl. dazu Pfahl-Traughber 1991). Inhaltlich prägte de Benoist wesentlich die Entwicklung des Konzepts des Ethnopluralismus und eines »neu«-rechten Anti-Universalismus (inklusive der Ablehnung der individuellen Menschenrechte) sowie die Propagierung des Antiegalitarismus und des Antiliberalismus als wesentlichen Ideologemen der »neuen« Rechten (vgl. Kailitz 2004: 86; Daniel 2020: 176–177).

Vermutlich am wirkungsmächtigsten sind jedoch zwei Begriffsprägungen, die Benoist popularisiert hat und die seither nicht nur im Binnendiskurs der »neuen« Rechten, sondern auch bei ihrer Beschreibung und Analyse eine wesentliche Rolle spielen. Der erste dieser Begriffe ist der der »Neuen Rechten«, der auf den Begriff der »Nouvelle Droite« zurückgeht und damit versucht, die »neue« von einer »alten« Rechten zu unterscheiden – um dadurch historisch problematische Verbindungen etwa zu faschistischen oder nationalsozialistischen Strömungen mehr symbolisch als realiter zu kappen (vgl. Pfahl-Traughber 1991: 16). Zwar ist Benoist vermutlich nicht der Urheber dieser Bezeichnung und er scheint sie auch nicht immer zu schätzen, doch nutzte und formte er das mit ihr verbundene Abgrenzungsnarrativ, um seine Gruppierung innerhalb der Rechten zu verorten (vgl. Daniel 2020: 178f.).

Neben dieser geschichtspolitischen Namensprägung wirkte sich zweitens und gravierender die Propagierung des Konzepts der »Metapolitik« aus (dazu vgl. Pfahl-Traughber 1991: 17; Kailitz 2004: 85; Daniel 2020: 184; Schnickmann 2021: 158–160; Brumlik 2022; Flügel 2022). Dieses Konzept einer selbsterklärten »Kulturrevolution von Rechts« (so der vielzitierte deutsche Titel eines Buches von Benoist – zu diesem vgl. Jorek 2022) wird von dem französischen Theoretiker der *Nouvelle Droite* unter anderem auf Antonio Gramsci (1891–1937) zurückgeführt (vgl. Kailitz 2004: 84; Brumlik 2018: 170; Pfahl-Traughber 2020: 148f.; Schnickmann 2021: 159f.; Jorek 2022: 82–85). Von diesem wird die Vorstellung eines Ringens um »kulturelle Hegemonie« entlehnt (vgl. Pfahl-Traughber 1991: 17; Schnickmann 2021: 159f.). »Metapolitik« soll vor diesem Hintergrund den Versuch einer nachhaltigen Beeinflussung des politischen Diskurses bezeichnen, bei dem die Grenzen des Sagbaren und der politische

12 Besonders offensichtlich wird die Verbindung zwischen Mohler und de Benoist in einem Gesprächsband (Möhler und Stein [1993]).

»Möglichkeitsraum« – d.h. der Raum der legitimen (oder zumindest hingenommenen) Vorstellungen und Praktiken (vgl. Nebelin 2014: 149f., 152f., 157–159) – so verschoben werden, dass die »neu«-rechten Vorstellungen nicht mehr Vorstellungen des rechten Randes, sondern einer gesellschaftlich wie machtpolitisch relevanten Mehrheit darstellen (vgl. Kailitz 2004: 85; Daniel 2020: 184; 188f.; ders. 2022).¹³ Deshalb ist Metapolitik in unterschiedlichen Formen die strategische Grundlage »neu«-rechter Politik geworden (Flügel 2022: 77), mit dem Ziel der »Erlangung der Meinungsführerschaft« (Book 2018: 115). Während der Verweis auf Gramsci dabei eine lagerübergreifende Methode suggeriert, zeigt eine genauere begriffsgeschichtliche Betrachtung, dass der von den Vertreter:innen der »neuen« Rechten geübte Gebrauch des Begriffs jedoch eher aus Martin Heideggers nationalsozialistisch eingefärbten »Schwarzen Heften« stammt (Brumlik 2018: 170; ausführlicher Brumlik 2020).

3 Die gesellschaftliche und politische Dimension der »neuen« Rechten

Zur Erklärung des Aufstiegs der »neuen« Rechten liegen eine Vielzahl von Annahmen und Ansätzen vor, zumeist aus der Rechtsextremismusforschung (für einen Überblick der Erklärungsansätze siehe Salzborn [2020: 103–140]): Darin werden die Bedeutung des politischen Kontexts und der Einfluss der Sozialisation ebenso aufgegriffen wie sozialstrukturelle Aspekte (Fungiert die gesellschaftliche Mitte als Trägerin des Rechtsrucks oder eher die gesellschaftlichen Ränder?) oder Tendenzen gesellschaftlicher Desintegration in Folge sozialen Wandels. Mit dem parlamentarischen Aufstieg der AfD in Deutschland und des Rechtspopulismus weltweit hat im letzten Jahrzehnt eine Debatte um die Unterstützer:innen dieser »neu«-rechten Parteien Fahrt aufgenommen. So zeigt die aktuelle Leipziger Autoritarismus Studie 2022 für Deutschland einen Rückgang rechter Einstellungen, vor allem in Ostdeutschland, und eine »Fragmentierung des autoritären Milieus« (Decker et al. 2022: 85, 87). Zugleich stieg jedoch die Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen an, was mit einer »aggressive[n] Fremdgruppenabwertung« einhergeht (Decker et al. 2022: 85). Der »Ethnozentrismus« bildet, wie oben ausgeführt, den Kern der Ideologie der »neuen« Rechten und verfängt in größeren Teilen der Bevölkerung. Damit lässt sich zumindest teilweise der Erfolg der AfD verstehen, denn »der

13 Im Verfassungsschutzbericht 2022 (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023: 72–73) werden in diesem Sinne unter »metapolitische[r] Theoriebildung und Praxis [...] die Einflussnahme auf den vopolitischen Raum, die den Boden für die erfolgreiche politische Verwirklichung d[er] antidemokratischen Positionen [der »neuen« Rechten] bereiten soll«, gefasst.

Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft« ist charakteristisch für die Unterstützer:innen dieser Partei (Rippl und Seipel 2018: 246). Auch ist die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus vor allem da erfolgreich, wo bereits »etablierte Strukturen der rechten Szene« vorhanden sind, die Ressourcen bereitstellen oder Gelegenheiten zur Mobilisierung schaffen (Rippl 2019: 105). Letzterer Aspekt verweist auf die räumliche Dimension für die Analyse des Aufstiegs der »neuen« Rechten, denn »rechte Bedrohungsallianzen« entstehen, so die Annahme, dort, wo rechtsextreme »Politik- und Mobilisierungsangebot[e]«, strukturelle Spannungen in der Bevölkerung und fremdenfeindliche Einstellungen zusammentreffen (Heitmeyer et al. 2021: 55–56).

Doch was verunsichert die sogenannte gesellschaftliche Mitte? Eine wahrgenommene Entfremdung bzw. relative Deprivation bietet einen Ansatzpunkt, um den Erfolg der »neuen« Rechten und der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus zu verstehen. Diesbezüglich weisen Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey (2022: 19, Hervorhebung im Original) auf die Erfahrung einer »regressive[n] Modernisierung« hin, d.h. »Entwicklungen, die durch eine widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Modernisierung und Gegenmodernisierung charakterisiert sind«. Konkret werden damit »Normenwandel und eine gesteigerte Sensibilität gegenüber Diskriminierungen« bezeichnet, die die Grundlage für »Schließungen und neue Konflikte« bilden (ebd.: 19). Dies führt letztlich zu Unsicherheiten und »Wissenskränkungen« (ebd.: 107, Hervorhebung im Original) mit der Konsequenz, dass »Wissen [...] unter diesen Bedingungen ebenfalls umkämpft« ist (ebd.: 19; vgl. ebd.: 95–130).

Ebenjene Konflikte um Wissen, die letztlich auch Identitätsfragen betreffen, werden nochmals durch gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und Krisen, wie etwa dem Klimawandel oder jüngst der Gefährdung durch das Coronavirus, befeuert. In Folge dessen werden schließlich auch »Umbauten unserer moralischen Infrastruktur« (Sauer 2023: 13) diskutiert, die gesellschaftliche Verwerfungen zur Folge haben (vgl. Mau et al. 2023: 244–278). Die gewandelte Moral geht schließlich mit »Verhaltenszumutungen« (ebd.: 265) einher, denen in Teilen der Gesellschaft ein »libertäre[r] Autoritarismus« (Amlinger und Nachtwey 2022: 13, Hervorhebung im Original) entgegengesetzt wird. Dieser bezieht sich auf das vermeintlich gebrochene »Versprechen der individuellen Selbstverwirklichung [und] birgt ein Kränkungspotential, das in Frustration und Ressentiment umschlagen kann« (ebd.: 13). Von Seiten der Gegner:innen des wahrgenommenen Wandels werden Diskurse und Maßnahmen zunehmend mit »These[n] der Unrechtmäßigkeit« abgelehnt (Lepénies 2022: 36) und für »illegitim« (ebd.: 38) erklärt.¹⁴

14 Lepénies (2022) knüpft damit an Analysen der politischen Rhetorik des reaktionären Konservatismus an, die Hirschmann (1991) vorgelegt hat. Nach Lepénies (2022: 29–40) nimmt die »Illegitimacy Thesis« dabei eine zentrale Rolle im deutschen Diskurs ein.

Das Gefühl »gekränkte[r] Freiheit« (Amlinger und Nachtwey 2022: 15, Hervorhebung im Original) entfaltet seine gesellschaftliche Wirksamkeit z.B. dadurch, dass davon ausgehend bis dahin ungewohnte Allianzen entstanden sind. So haben sich »[i]m Laufe der letzten zehn Jahre [...] viele obskure und zunächst unbedeutend kleine Bewegungen zu mächtigen Akteuren eines politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels« entwickelt (Ebner 2023: 27). Wie heterogen diese Gruppen sind, verdeutlicht exemplarisch bereits die bloße Aufzählung der von Ebner (2023) untersuchten radikalisierten Akteure: Trump-Anhänger:innen, Incels, Klimawandelleugner:innen, »White Lives Matter«-Aktivist:innen, transphobe Personen, Impfgegner:innen und Russlandsupporter:innen. Diese Gruppen weisen Überschneidungen mit der extremen politischen Rechten auf und sind geprägt von der »neuen« Rechten.

Die skizzierten Entfremdungserfahrungen und die relative Deprivation sind eine Ursache für Radikalisierung und die Öffnung der gesellschaftlichen Mitte für die Ideologie der »neuen« Rechten. Allerdings lässt sich der Aufstieg der »neuen« Rechten und des damit einhergehenden Rechtsrucks nicht einzig auf gesellschaftliche Wert- oder Identitätskonflikte zurückführen. Denn auch Verteilungskonflikte spielen eine Rolle, etwa in Form des Zugangs zu sozialstaatlichen Leistungen oder hinsichtlich der Bezahlbarkeit von Wohnraum, nicht zuletzt, weil sie mit Wert- und Identitätsfragen eng verbunden sind (Manow 2018: 99–102; Rippl und Seipel 2018: 251).¹⁵ Eine gesellschaftliche Polarisierung oder gar Spaltung in Deutschland und in anderen europäischen Ländern lässt sich empirisch jedoch nicht feststellen (Lux et al. 2022; Teney und Rupieper 2023).

Der Rechtsruck führt somit etwa in Deutschland bislang nicht zur gesamtgesellschaftlichen Spaltung, wohl aber zeigt er sich in Diskursverschiebungen oder in Veränderungen der Konnotation bestimmter Begriffe, man denke etwa an den Begriff des »Gutmenschen« (vgl. Feustel et al. 2018). Die Zuspitzung und Radikalisierung in Diskursen führt dann, im Zusammenspiel mit »fragmentierten Öffentlichkeiten« (Habermas 2021: 495), je nach dem weiteren gesellschaftlichen Kontext zur »Ausweitung und Vorverlagerung von Bedrohungszonen« (Heitmeyer et al. 2021: 24) von rechts, was sich etwa in der zunehmend zu beobachtenden Bedrohung von Mandatsträger:innen zeigt (ebd.: 24–27). Wie bereits erwähnt war und ist ein zentrales »Tätigkeitsfeld« der »neuen« Rechten die Metapolitik, die letztlich das Ziel verfolgt, ihre Ideologie in gesellschaftliche Diskurse zu tragen, um damit neue Anhänger:innen zu gewinnen und ihre politischen sowie gesellschaftlichen Ziele zu legitimieren. Gerade die Beeinflussung öffentlicher Diskurse ist ein zentraler Aspekt des beobachtbaren Rechtsrucks.

15 Zur Unterscheidung von Wert-, Identitäts- und Verteilungskonflikten siehe Kern et al. (2017: 9–14).

Die Verankerung der »neuen« Rechten im Medienbereich zeigt sich etwa über die Publikationen des Verlags Antaios, der Zeitung *Junge Freiheit* oder der Zeitschrift *Compact*, wobei auch das Institut für Staatspolitik eine zentrale Rolle als institutioneller Ort für Teile der sich intellektuell verstehenden »neuen« Rechten spielt (Pfahl-Traugher 2022: 69–82; Weiß 2020: 65–81).¹⁶ Die »neue« Rechte grenzt sich dabei weniger über ihre Inhalte als vielmehr über ihre mediale Selbstdarstellung von einer »alten« Rechten ab. Schon Benoist strebte »Seriösitätsgewinne« an, die mittels ästhetischer und medienstrategischer Aspekte erreicht werden sollten, worunter auch die Vermeidung »offene[r] Kontakte zu neonazistischen Gruppen« gehört (Funkte 2020: 166).

Besonders auffällig, aber vor dem Hintergrund des vorher Gesagten wenig überraschend, ist die gut »vernetzte Propagandamaschine der Rechten« (Ebner 2023: 107). Diese baut, wie sich besonders eindrücklich am Beispiel der USA veranschaulichen lässt, einerseits auf den konservativen bis rechten Medien auf, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden sind (vgl. Hemmer 2016). Andererseits ist es der politischen Rechten besonders erfolgreich gelungen, sich im »new media ecosystem« einzunisten (Ebner 2020: 133). Die neuen und insbesondere die digitalen Medien stellen responsive soziale Plattformen bereit, über die sich gesellschaftliche Verunsicherungen besonders schnell und kostengünstig adressieren, verstärken und instrumentalisieren lassen: »[T]he internet has turned into a battleground for information« (ebd.). Das durch die digitalen und sozialen Medien erweiterte Mediensystem ist deshalb besonders anfällig für Politisierungen, weil zum einen jeder Einzelne Inhalte erstellen kann und zum anderen die Kontrolle über die Medieninhalte und eine Umsetzung von Regulierungen aufgrund der technischen Grundstruktur und der internationalen Lagerung der großen Plattformen häufig weder gewünscht noch leicht zu realisieren ist.

Die Medienstrategie der Rechten im »information battle« (ebd.: 105) basiert dabei auf drei Säulen: Durch Aktionen und Äußerungen soll Aufmerksamkeit generiert werden, wobei es darum geht, diskursiven Raum einzunehmen – unabhängig von vorherrschenden Bewertungstendenzen (ebd.: 47). Daneben werden die »traditionellen« Medien und ihre Repräsentant:innen diskreditiert und Desinformationen verbreitet (ebd.: 105). Ziel ist es, im Sinne des Metapolitik-Verständnisses, die (politische) Kultur zu verändern (ebd.: 43), die Grenzen des Sagbaren so zu verschieben, dass vordem subkulturelle zu vorherrschenden Positionen werden, und die »Deutungsmacht über Begriffe wie ›Freiheit‹ zu erlangen« (Quent et al. 2022: 233). Inhaltlich wollen wir exemplarisch vier Argumentationsmuster hervorheben, die nicht

16 Im Verfassungsschutzbericht 2022 (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2023: 78–79) werden der Verlag Antaios und das Institut für Staatspolitik als »Verdachtsfälle« sowie die COMPACT-Magazin GmbH (ebd.: 101) als »Beobachtungsobjekt« geführt.

ausschließlich der »neuen« oder der extremen Rechten vorbehalten sind, aber bei deren Vertreter:innen häufig sogar kombiniert anzutreffen sind:

- Ein zentraler Begriff ist – wie erwähnt – der der *Freiheit*. Dabei lässt sich im rechten Diskurs häufig die bereits erörterte Fokussierung auf ein absolut individualistisches Freiheitsverständnis ausmachen, das nicht nur grundlegende Begrenzungen von Freiheitsverhältnissen als Grundlage des Zusammenlebens innerhalb einer jeden Gemeinschaft ignoriert, sondern aus einem Gefühl der Nicht-Erfüllung heraus zu einer politisch handlungstreibenden Kränkung wird (Amlinger und Nachtwey 2022: 14). Aufgrund der erheblichen Integrationskraft des Freiheitsbegriffs kommt diesem nicht nur eine Motivationsfunktion für die Individuen, sondern vor allem auch eine Brückenfunktion zu, die die Differenzen verschiedener politischer Gruppierungen und Protestbewegungen zu überwinden hilft.
- Zu den wesentlichsten Argumentationsfiguren der extremen Rechten gehören *Dichotomiebildungen*. So betont Heitmeyer (1998: 261) mit Hinblick auf den »autoritäre[n] Nationalradikalismus«, dass dieser »Dichotomien und Vergleiche (»wir« gegen »die« usw.) als erfolgreiches politisches Instrument einsetzt, um seine Anhänger und die Bevölkerung insgesamt zu radikalisieren«. Neben kulturalistischen Abwertungen treten sozioökonomische: »Die abgewerteten Gruppen werden so konstruiert, dass ihre volkswirtschaftliche Nutzlosigkeit betont werden kann, während die eigene, als leistungsfähiger wahrgenommene Gruppe nicht den gerechten Anteil bekomme« (ebd.). Insgesamt erfüllen solche Dichotomien politisch eine doppelte Funktion: Sie konstituieren eine Ingroup, indem sie zugleich eine Outgroup definieren (vgl. zu dieser asymmetrischen Argumentationsfigur Nebelin 2021: 200–209).
- Populistische Bewegungen, in die die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus eingeordnet werden kann, gewinnen ihr Demokratieverständnis durch ein *Verfahren der demokratischen Reduktion*: Komplexe demokratische Konstellationen werden ideologisch auf wenige vermeintliche Wahrheiten verdichtet. So konstatiert Kielmansegg (2017: 276), der Populismus sei durch »das Aufbegehren eines linearen Demokratieverständnisses gegen eine komplexe demokratische Wirklichkeit« gekennzeichnet. Während ein lineares Demokratieverständnis bspw. lediglich auf die »Idee der Volksherrschaft« rekurriere, verbände etwa »[d]as repräsentative Prinzip institutionalisierte Differenz«, »insofern es an die Stelle der Idee des einen, mit sich selbst einigen Volkes die Anerkennung der Vielheit und Vielfalt der Gruppen setzt, der Weltanschauungen, der Interessen, in die das eine Volk sich gliedert«. Gesichert wird diese Repräsentation der de facto vorhandenen Vielfalt durch die »Verrechtlichung« der Volksherrschaft. Als Vertreter:innen eines linearen Demokratieverständnisses fokussieren Populist:innen sich hingegen auf zugleich reduzierte und

geradezu beliebig flexible, strategisch ausgerichtete Bestimmungen des Volkes, indem sie ›das wahre Volk‹ zum Bezugspunkt ihrer Politik erheben. Dieses Argumentationsmuster weist zwar Gemeinsamkeiten zu den bereits erwähnten Dichotomiebildungen auf, unterscheidet sich von diesen freilich dadurch, dass nur eine Seite (vermeintlich) klar bestimmt wird. Doch gerade in Hinblick auf das ›wahre Volk‹ gilt: Wer genau das sein soll, ist immer eine – mal mehr, mal weniger konkretisierte – Setzung. Dabei spielt, wie Müller (2017a: 257) betont hat, der Umstand eine »[e]ntscheidend[e]« Rolle, dass in der populistischen Rhetorik »eine Art moralisches Monopol an[ge]meldet« wird, »wonach nur er [= der Populist] – und nur er – das Volk wirklich repräsentiere«. Diese Argumentationsfigur ist mithin ein internationales Merkmal des Populismus. Ihre Problematik besteht dabei nicht nur in ihrem unempirischen Charakter, sondern vor allem in ihrer konstruktivistischen Dimension: In der Binnenperspektive wird das ›wahre Volk‹ durch die populistischen Redner:innen sprachlich überhaupt erst geschaffen – und die Zugehörigkeit zu der Gruppe des ›wahren Volkes‹ bleibt dadurch an deren Willen gebunden. Das bedeutet auch, dass Populist:innen frei über Zusammensetzung der Ingroup entscheiden und diese gegebenenfalls ändern können. Durch die wertende Aufladung werden auch die aus der Binnenperspektive des Diskurses vermeintlich stabilen Kriterien wie Abstammung oder Herkunft disponibel, weil dieses Kriterium ebenfalls auf politische Gegner:innen zutreffen können, die dann aber über beliebige Zusatzkriterien – z.B. aufgrund ihrer (vermeintlichen) Elitenzugehörigkeit – als ›Verräter:innen‹ aus der Gemeinschaft moralisch hinausdefiniert werden können. Zu der Integrationsleistung der Argumentationsfigur vom ›wahren Volk‹ tritt also immer die Exklusionsseite. Die Figur des ›wahren Volkes‹ ist mithin unempirisch, denn sie unterliegt zuvorderst strategischen Intentionen – darin liegen zugleich der Grund ihrer politischen Wirksamkeit und ihrer praktischen Demokratieferne.

- Die Wirksamkeit dieser Kommunikationsformen hängt dabei nicht nur mit der Radikalisierung und Polarisierung des politischen Diskurses zusammen, sondern auch mit dem damit verbundenen Aufstieg ›alternativer Fakten‹. Zwar stellen alle diese Tendenzen eine Reaktion auf gesellschaftliche Verunsicherungen dar, doch sind »[a]lternative Fakten«, wie Kumkar (2022: 18, Hervorhebungen im Original) betont, weniger »Versatzstücke aus Parallelwelten oder Ad-hoc-Hypothesen in unklaren Situationen«, als vielmehr Formen der Verweigerung im Moraldiskurs: Sie eröffnen »kommunikative Ausflüchte aus Situationen, in denen die Faktenlage vorgängig klar ist«, bei der jedoch (moralische) »Dilemmata konstituiert [werden], mit denen man sich nicht auseinandersetzen kann oder will« (ebd.: 18, Hervorhebung im Original). ›Alternative Fakten‹ ermöglichen dann »in der Kommunikation [...] die Verdrängung irritierender Inhalte« (ebd.: 18, Hervorhebung im Original). Dies hat Folgen für den politischen Diskurs: Bereits bei einem

der ersten Demokratietheoretiker – dem athenischen Historiker Thukydides – rücken als zentrale Rahmenvorgaben demokratischer Auseinandersetzung einerseits die diskursive Sachorientierung, die Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit der Aussagen ins Zentrum, und andererseits die gelassene Anerkennung von (wechselnden) Mehrheitsverhältnissen, weil ansonsten nicht nur nicht das bestmögliche Politikergebnis erzielt werden, sondern die fehlende Toleranz gegenüber dem Anderen sogar die Gemeinschaft zerreißen kann (vgl. Thukydides 2,37-40). Die »neue« Rechte missachtet diese Grundregeln demokratischer Gemeinwesen.

4 Globale Entwicklungen und der Brennpunkt Sachsen

Bei den im Titel dieses Bandes benannten »Brennpunkten« handelt es sich um empirische Phänomene und räumliche Kontexte, in denen die »neue« Rechte in bemerkenswerter Weise in Erscheinung tritt. Hierbei gehen wir davon aus, dass die Untersuchung der »neuen« Rechten nicht nur diese Akteure, ihr Handeln und ihre Ziele erhellt, sondern zugleich Einblick in die rahmenden gesellschaftlichen Kontexte eröffnet.¹⁷ Die Beiträge untersuchen dabei mittels Fallstudien Entwicklungen in Sachsen, seien es Proteste oder die Kommunikation von Abgeordneten der AfD, oder Entwicklungen auf der Ebene der Europäischen Union sowie in Polen und der Tschechischen Republik. Dadurch werden auch Einblicke in die globale Dimension der »neuen« Rechten möglich, wobei eine strikte Ebenendifferenzierung (z.B. lokal/national – global) nur wenig zielführend ist angesichts der Erkenntnis, dass das Globale »stets im lokalen Kontext [...] situiert« (Nassehi 1998: 154) ist.

Eine relevante globale Entwicklung hinsichtlich der Ausbreitung der »neuen« Rechten und ihrer gesellschaftlichen und politischen Folgen ist das Phänomen der »demokratischen Regression« (Schäfer und Zürn 2021). »Demokratische Regression« umfasst dabei zugleich eine zunehmende Abkehr in »der demokratischen Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung« sowie »die Abwendung von (Teilen der) Bürgerinnen von der Demokratie« (ebd.: 11). Die Ursachen für diese Regression, die etwa die zunehmende Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, von Schutzrechten für Minderheiten oder Einschränkungen der Unabhängigkeit der Justiz umfasst, sind vielfältig. Dabei ist der von vielen Forscher:innen angeführte Aufstieg des autoritären Rechtspopulismus als Teil der Bewegung des auto-

17 Die Kopplung von Gesellschaft und Teilgruppe ist ein grundsätzliches Phänomen, das auf die Rechte wie auf jede andere gesellschaftliche Teilgruppe zutrifft: »Entwicklungen der radikalen Rechten können nie losgelöst von der Gesellschaft verstanden werden, die sie hervorbringt. Das rechte Spektrum bildet eine empfindliche Sonde für gesellschaftliche Probleme, Konflikte und Widersprüche« (Quent et al. 2022: 20).

ritären Nationalradikalismus, der den skizzierten Rechtsruck in einer Vielzahl von Staaten vorantreibt (Appadurai 2017; Schäfer und Zürn 2021: 55–56; Manow 2020: 13–15), sowohl Ausdruck als zum Teil auch Ursache dieser Entwicklung. Daneben werden als Ursachen für diese Krise der Demokratie weltweit unter anderem der Funktionsverlust von Nationalstaaten bei gleichzeitigem Einflussgewinn von transnationalen Unternehmen (Crouch 2021: 24–25), die Einkommensstagnation und die Zunahme sozialer Ungleichheiten (Przeworski 2019: 103) sowie die stark wachsende Diversität von individuellen Lebensentwürfen, der die Definition des Gemeinwohls hinterherhinke (Fukuyama 2022: 141–146), genannt.

Auch eine radikal ausgestaltete und eingeforderte Identitätspolitik ist eine Bedingung für die demokratische Regression, da sie den Zusammenhalt von Gesellschaft gefährdet, weil ein gesellschaftlicher Diskurs über das Gemeinwohl nicht mehr in der Lage ist, den sozialen Kitt von Gesellschaft herzustellen (Manow 2020: 121–150; vgl. Mounk 2018). Hierbei bewirkt auch Identitätspolitik unterschiedlicher, in der Regel linker Gruppen eine Gegenreaktion von Seiten des autoritären Nationalradikalismus: Der vermeintlichen Privilegierung gesellschaftlicher Gruppen durch unterschiedliche Formen von positiver Diskriminierung werden Antworten entgegengesetzt, die etwa auf ein »America First«, das heißt eine Bevorzugung der eigenen Nation hinauslaufen. Dass dabei auch Identitätspolitik betrieben wird, wenn auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums, zeigt die Absurdität dieser Kritik. Vom Aushandeln eines neuen gesellschaftlichen Konsens in heterogenen Gesellschaften ist die Bewegung des autoritären Nationalradikalismus dabei sehr weit entfernt; sie liefert auch keine Ideen für die Erneuerung der Demokratie, obgleich sie mit direktdemokratischen Postulaten genau dies für sich in Anspruch nimmt, sondern unterminiert vielmehr die Demokratie durch weitere politische Polarisierungen.

Im Zuge identitätspolitischer Debatten zeigt sich zudem eine Allianzbildung zwischen konservativen und rechtsextremen Akteuren, ganz im Sinne des ausgeführten Verständnisses einer Bewegung des autoritären Nationalradikalismus (vgl. Heitmeyer 2018: 117–118). So nutzen konservative Akteure, vor allem Parteien, eine »*Adopt-Strategie*« und nähern sich damit den rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Forderungen an (Lewandowsky 2022: 149f., Zitat: 149, Hervorhebung im Original).¹⁸ Dadurch wird die radikale Infragestellung der liberalen Demokratie bis in die Mitte der Gesellschaften hoffähig, wie an Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, in Polen oder Ungarn zu erkennen ist. So werden bspw. unter dem Schlagwort vom »guten Wandel« (*dobra zmiana*) in Polen oder dem

18 Vgl. Strobl 2021; zum historischen Vorlauf Biebricher 2023. Der Erfolg dieser Strategien ist keinesfalls gesichert. Vieles deutet zudem darauf hin, dass die institutionellen, vor allem gesamtgesellschaftlich negativen Nebenkosten einer solchen Strategie erheblich sind (Lewandowsky 2022: 149–154).

einer »illiberalen Demokratie« in Ungarn einerseits die demokratischen Normen der liberalen Demokratie des Westens in Zweifel gezogen, wobei die Skizzierung als »dekadent«, »unchristlich« und »zersetzt« von »krimineller Zuwanderung« und Identitätspolitik eher einem Zerrbild entspricht.¹⁹ Andererseits wird unter Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundlagen der liberalen Demokratie und einer pluralen staatlichen Medienlandschaft der Aufbau einer nationalen Gemeinschaft mit geschichtspolitischen Instrumenten vorangetrieben, die gleichsam ein besseres, illiberales Modell von Demokratie darstellen soll (Freedom House 2023; Garsztecki 2020).

Die globalen Entwicklungen spiegeln sich zum Teil auch im Freistaat Sachsen wider. Im Falle Sachsens sind darüber hinaus noch weitere Entwicklungen und Bedingungen zu beachten, die die Bedrohung durch den Rechtsextremismus und die Bedeutung der »neuen« Rechten als besonders virulent erscheinen lassen. So gilt Sachsen in der sozialwissenschaftlichen Forschung vermutlich berechtigterweise als ein Zentrum des Rechtsextremismus in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund »lange etablierte[r] Strukturen der rechten Szene« (Rippl 2019: 105; vgl. Kailitz 2021d: 21f.). Nicht unabhängig davon intensivierten rechtsextreme Akteure, wie etwa der Verleger Götz Kubitschek, ihre Aktivitäten in Sachsen, denn sie malen sich im Freistaat die größten Erfolgchancen für ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele aus (Nattke 2021, 91–92).

Im Folgenden werden einige Phänomene beispielhaft angeführt, die schlaglichtartig die Auffassung stützen, dass sich in Sachsen der Rechtsextremismus institutionell verankern konnte und sich mittlerweile auf eine durchaus breite Akzeptanz in der sächsischen Bevölkerung stützen kann:

- *Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen:*²⁰ Rechtsextrem motivierte Gewalttaten »in Sachsen folgen weitgehend dem Bundestrend. Eine Gewichtung nach der Bevölkerungszahl zeigt aber, dass das sächsische Gewaltaufkommen von rechts beständig über dem Bundesdurchschnitt lag. In einigen Jahren überstieg der säch-

19 Man mag in diesen Entwicklungen durchaus eine autoritäre Tendenz erkennen, die sich häufig auch mit rassistischen Vorstellungen verbindet. Ein zentrales Modell ist dabei das des »white freedom«, d.h. »the belief (and practice) that freedom is central to white racial identity, and that only white people can or should be free« (Stovall 2021: 11). Vor diesem Hintergrund hebt Stovall (ebd.: 319) kritisch hervor, dass »[t]he dynamism of authoritarian populism in today's world shows that white freedom remains alive and well in the twenty-first century. As with the New Right in the late twentieth century, the movement blends a rejection of liberal democratic orthodoxies with appeals to white identity«.

20 Die nachfolgende Auflistung basiert auf den Angaben in Bartsch (2017: 288–294) und vor allem auf der ausführlichen Liste der »Todesopfer rechter Gewalt«, die von der Zeit erstellt wurde (Blickle et al. 2022). Vgl. auch den chronologisch angelegten Überblick bei Kailitz (2021d: 21–24).

sische Anteil den gesamtdeutschen Durchschnitt sogar um mehr als das Doppelte«, wie Backes (2021: 120) zeigt. Einzig im Vergleich der Bundesländer relativiert sich dies: »Nicht zwischen den östlichen Ländern, sondern zwischen östlichen und westlichen besteht folglich eine Kluft« (ebd.), denn es sei ein »deutlich niedrigere[r] Gewaltanteil der westlichen Länder« zu konstatieren (ebd.: 121). Blickt man auf den Bereich der rechtsextrem motivierten Morde, so zeigt sich, dass seit 1991 in Sachsen 17 Menschen durch rechte Gewalt zu Tode gekommen sind. Allein in den letzten zwanzig Jahren waren dies: Jorge Gomondai (1991), Waldtraud Scheffler (1992), Mike Zerna (1993), Klaus R. (1994), Peter T. (1995), Achmed Bachir (1996), Bernd Grigol (1996), Nuno Lourenço (1998), Patrick Thürmer (1999), Bernd Schmidt (2000), Thomas K. (2003), Karl-Heinz Teichmann (2008), Marwa El-Sherbini (2009), Kamal Kilade (2010), André K. (2011), Ruth K. (2017), Christopher W. (2018).

- *Rechtsextreme im Sächsischen Landtag*: Seit 1998 war Sachsen die »bedeutendste Hochburg der NPD« (Kailitz 2021c: 41). Von 2004 an wurde die Partei in den Sächsischen Landtag gewählt.²¹ Die Stimmen der NPD wanderten bei den folgenden Wahlen zur AfD als neue Repräsentantin der extremen Rechten im Sächsischen Landtag, wie bereits Analysen der Wählerwanderungen 2014 belegen (Infratest dimap 2014; Knaack und Hebel 2014).²² So sank der Zweitstimmanteil der NPD von 9,2 % im Jahr 2004 zehn Jahre später auf 4,9 % (womit sie ihre Zugehörigkeit zum Landtag einbüßte) und schließlich auf 0,6 % im Jahr 2019, während die Stimmergebnisse der AfD kontinuierlich stiegen: von 9,7 % im Jahr 2014 auf zuletzt 27,5 % bei der Landtagswahl 2019.²³ Die Wahlergebnisse der AfD spiegeln dabei rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung wider, die in Sach-

21 Dazu vgl. auch die frühe Aufbereitung des Wahlergebnisses von 2004 durch Gertoberens (2004) sowie nun die Verdichtung seiner bisherigen Studien zur NPD (Sachsen) durch Kailitz (2021c).

22 Ein weiterer, ausgesprochen komplexer Problemkreis ist der der Zusammenarbeit mit der AfD in parlamentarischen Kontexten, insbesondere in den Kommunen. So hat der Bürgermeister des mittelsächsischen Lunzenau, Ronny Hofmann (CDU), gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*, darauf hingewiesen, dass die öffentliche Diskussion über eine Zusammenarbeit mit der AfD auf kommunaler Ebene »im Westen deutlich lauter war als im Osten. Wo die AfD schwächer sei, könne man sie leicht ignorieren. In Sachsen geht das schon lange nicht mehr« (Heidtmann und Mayer 2023). In der Tat führt ein Erstarken von Rechtsextremen zu Schwierigkeiten im parlamentarischen Alltag – das gilt aber eigentlich auf jeder Ebene des politischen Systems. Die verschiedentlich geäußerte Vorstellung, auf kommunaler Ebene werde vorzugsweise »unideologische Sachpolitik« betrieben und infolgedessen sei eine Kooperation politisch unbedenklich, führt an der kommunalpolitischen Praxis vorbei: Nur weil Themen verhandelt werden, die nicht immer überregionale Aufmerksamkeit finden, heißt das keineswegs, dass sie von Politiker:innen diskutiert und entschieden werden, die ohne politische Überzeugungen sind.

23 Zur AfD besonders in Sachsen vgl. bspw. Kailitz (2021b).

sen stark sind (Rees et al. 2021: 117, 120). Auch besteht in Regionen mit einem hohen AfD-Stimmenanteil eine höhere Wahrscheinlichkeit für »ein Klima der Feindseligkeit gegen soziale Gruppen und Menschen« (Rees et al. 2021: 122). Im Dezember 2023 stufte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2023) die AfD als »erwiesene rechtsextremistische Bestrebung« ein.

- *Rechtsterrorismus und Rechtsterrorist:innen in Sachsen:* Die Kernmitglieder des 2011 aufgeflogenen rechtsterroristischen NSU lebten zuletzt in Zwickau und verfügten scheinbar in Sachsen über ein breites Unterstützungsfeld (Laabs 2017: 184).²⁴ Doch nicht nur der NSU war in Sachsen aktiv: 2016 wurden Angehörige der im Kontext der »Bürgerwehr FTL/360« entstandenen »Gruppe Freital« von der Bundesanwaltschaft angeklagt (vgl. Leber und Meisner 2017: 160–163) und 2018 durch das Oberlandesgericht Dresden wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung, der »Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen und versuchten Mordes beziehungsweise Beihilfe dazu schuldig gesprochen« (Spiegel 2018).
- *Rechtsextreme Demonstrationen:* Mit PEGIDA bildete sich 2014 in Dresden eine antiislamische, fremdenfeindliche und rechtsextreme Protestbewegung (vgl. zu dieser Virchow 2016b; Locke 2017; Kocyba 2021), bei deren Demonstrationen neben Vertreter:innen der deutschsprachigen »intellektuellen« »neuen« Rechten – etwa Götz Kubitschek – (vgl. Pfahl-Traughber 2002: 116–118) zu den Hochzeiten zwischen 2014 und 2016 über zehntausend Teilnehmende mitmarschierten (ebd.: 117). Dieses Format rechtsextremen Protestes fand bundesweit Nachahmer (in Leipzig etwa unter dem Namen »Legida« [dazu: Feustel und Prüwer 2017]), von denen die meisten aber mittlerweile nicht mehr aktiv sind. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten von PEGIDA als zentraler rechtsextremer Demonstrationsbewegung in Sachsen allein in den Jahren 2013 bis 2016 von »[m]ehr als 800 asylfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen« (Nattke 2017: 71) flankiert.
- *Rechtsextreme Ausschreitungen:* Immer wieder kommt es in Sachsen zu unterschiedlichen Formen rechtsextremer Ausschreitungen, die in Gewalt einmünden. So hinderte 2016 in Clausnitz ein rechter Menschaufmarsch Flüchtlinge am Beziehen ihrer Unterkunft und bedrängte sie in ihrem Bus (vgl. Ayata 2017: 260f.; Bartsch 2017: 293; Kailitz 2021d: 22). Im Sommer 2018 kam es in Chemnitz infolge der Ermordung eines jungen Mannes und im Zuge der massiven Mobilisierung rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen zu Ausschreitungen, die bundesweit sowie auch international große Beachtung fanden (vgl. Heitmeyer et al. 2021: 234–247; Brichzin et al. 2022: 16–22; Rippl 2019).

24 Zur Bedeutung von Chemnitz in der Geschichte des NSU siehe etwa Brichzin et al. (2022: 98).

- *Allianzen von Rechtsextremen (und) Verschwörungstheoretikern*: Während der Corona-Pandemie heizte sich die politische Gemengelage weiter auf. Verschwörungstheoretiker:innen und Rechtsextremist:innen wirkten zusammen, denn die Pandemie eröffnete »ein Gelegenheitsfenster für rechtsextremistische und -populistische Kräfte«, die etwa an den sogenannten Corona-Protesten mitwirkten oder diese gar initiierten (Panreck 2021: 114, 111–115). Exemplarisch zeigt sich die Zusammenarbeit in der 2023 erfolgten Aufstellung eines Gedenksteins im erzgebirgischen Zinnwald-Georgenfeld durch die rechtsextreme regionale Kleinpartei der »Freien Sachsen« mit der Inschrift »Zur Erinnerung an die Opfer des Corona-Impfexperiments und der Zwangsmaßnahmen des Kretschmer-Regimes« (Lasch 2023). In der Inschrift sah das Verwaltungsgericht Dresden eine »Gleichstellung des Freistaates Sachsen mit dem NS-Staat« (zit.n. ebd.) und ordnete den Abriss an (ebd.).

Die genannten Phänomene zeigen (und die im vorliegenden Band versammelten Untersuchungen bestätigen den Eindruck), dass die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Bewegung des autoritären Nationalradikalismus in Sachsen als hoch und damit die »neue« Rechte gesellschaftlich und politisch als einflussreich einzuschätzen ist (vgl. Rees et al. 2021: 117–122). Am Beispiel Sachsens lassen sich teilweise Entwicklungen untersuchen, die nicht allein für das Bundesland, sondern auch darüber hinaus von Bedeutung sind. Jedoch werfen die im bundesrepublikanischen Vergleich frühzeitig und konstant hohen Wahlergebnisse von zunächst der NPD und später der AfD, die Formierung von PEGIDA in Dresden und die Chemnitzer Ausschreitungen im Sommer 2018 – mit dem »Tod des jungen Bürgers« als durch Rechtsextreme »*emotional ausbeutbarem Signalereignis*« (Heitmeyer et al. 2021: 244, Hervorhebung im Original) – die Frage auf, ob und gegebenenfalls inwiefern Sachsen »lediglich« ein Brennglas überregionaler Trends oder aber doch eine im besonderen Maße durch vorgefundene Rahmenbedingungen rechtsextreme Einstellungen und Haltungen befördernde Region ist, die nicht einfach nur eine Abbildung von Trends darstellt, sondern diese zumindest radikalisiert reflektiert oder ihnen sogar zum Teil vorgreift.

Jenseits der bloßen Ereignishäufung und einzelner Analysen, die diese Frage zumindest berechtigt erscheinen lassen, fehlen derzeit für eine fundierte Diskussion dieser Überlegungen weiterführende und vergleichend angelegte Studien. Diese müssten zum einen stärker historische Aspekte – etwa den auch ideologisch motivierten, auf Verdrängung ausgerichteten Umgang mit dem Rechtsextremismus in der DDR (vgl. Pouturus und Warda 2023: 380–382, 394) oder die Haltung der ersten Nachwenderegierungen unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (vgl. etwa Bartsch 2017: 288 sowie – polemisch: – Wassermann 2017: 26) – intensiver be-

rücksichtigen,²⁵ ohne dabei in das problematisch einseitige Narrativ vom ›braunen Osten‹ zu verfallen (vgl. Poutrus und Warda 2023: 393f.; Brichzin et al. 2022: 98–100; Kailitz 2021e). Außerdem wäre es zum anderen erforderlich, die Bandbreite an politischen Haltungen noch genauer als bisher in den Blick zu nehmen. Zumindest für Chemnitz, dem Dienstsitz und Wohnort vieler der am Band Beteiligten, ist dies vor kurzem anlässlich der rechtsextremen Ausschreitungen im Sommer 2018 erfolgt – mit aufschlussreichem Ergebnis (z.B. Brichzin et al. 2022; Friese et al. 2019).

Den städtischen Kontext, aus dem heraus sich damals die politische, bis ins Gewaltsame umschlagende Eskalation in Chemnitz vollzog, sehen Rippl (2019) sowie, daran anschließend, Heitmeyer et al. (2021) durch ein in der Chemnitzer Bevölkerung vorhandenes, »von den realen Ausländeranteilen« (8,2 %) »abgekoppelt[es]« »Gefühl der Überfremdung« gekennzeichnet, das sich »auf die Bedrohung der gewohnten Lebensweisen konzentriert« (Heitmeyer et al. 2021: 235–236). Dies kommt auch in einer hohen Unterstützungsquote für PEGIDA (Sympathie: 20 %; Teilzustimmung zu den Themen: 50 %) zum Ausdruck (Rippl et al. 2016 nach Rippl 2019: 108–109). Verstärkend in Sachsen wirken noch die weitgehend fehlende Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen rechts sowie der politischen Bildung von Seiten der Staatsregierung (Rippl 2019: 106), womit sich zum Teil eine Normalisierung rechtsextremer Einstellungen erklären lässt, die ein im Vergleich zum Bundesschnitt überdurchschnittlich hohes Maß an Xenophobie in Sachsen zeigen (Rees et al. 2021: 117–121; vgl. bereits für 2016: Kleffner und Meisner 2017b: 10).

Brichzin et al. (2022) zeigen in ihrer ethnografisch angelegten Untersuchung von Chemnitz zudem, dass nicht nur rechtsextreme Haltungen weit verbreitet sind, sondern vor allem eine austarierend wirkende ›Mitte‹ fehle. Diese Einschätzung knüpft an die Beobachtung von Heitmeyer et al. (2021: 246) an, dass »trotz der wachrückelnden Ereignisse rund um das Stadtfest keine breite reaktionsfähige Stadtgesellschaft entstanden« sei. Brichzin et al. (2022: 87) erklären dies damit, dass »die Stellung der radikalen Rechten immer wieder von innen her praktisch normalisiert und damit zugleich stabilisiert wird«. Dies ist auf eine große Gruppe von Bürger:innen zurückzuführen, die ihrem Verhalten eine »apolitische Haltung« zugrunde legen (ebd.: 219) und Auseinandersetzungen mit Politik generell ablehnen

25 Kowalczyk (2023: 368) konstatiert, dass sich nach der Wiedervereinigung »in Ostdeutschland ein Geschichtsbewusstsein heraus[gebildet habe], das wie eine Art ›zweite Kultur‹ wirkt und auf das die Geschichtswissenschaft so wenig Einfluss hat wie die Aufarbeitungsbestrebungen. Nicht nur politisch, auch mit Blick auf die Vergangenheit gehen größere Teile der Gesellschaft im Osten eigene Wege«. Dies ist Kowalczyk (ebd.: 366–369) zufolge darauf zurückzuführen, dass spezifische ostdeutsche Interessenlagen und Perspektiven im gesamtdeutschen Diskurs (vor allem der Geschichtswissenschaft) nicht angemessen berücksichtigt und vor allem nicht hinreichend personell und institutionell gestützt würden.

oder zurückweisen. Damit korrespondiere die verbreitete Tendenz innerhalb der Stadtbevölkerung, »sich öffentlichen *Konflikten* zu entziehen« (ebd.: 218, Hervorhebung im Original). Diese Haltung führe schließlich zur Ignoranz gegenüber eigentlich politischen Aktivitäten und Handlungskontexten. Daraus folgt eine risikante Selbstentmächtigung: »Wenn wir Gefährdungen nicht mehr wahrnehmen können, wenn sie sich unserer Erfahrung entziehen, sind wir ihnen umso mehr ausgeliefert« (ebd.: 67).

Damit finden sich derzeit zumindest in Chemnitz Aspekte einer Haltung, die 1918 der Schriftsteller Thomas Mann in seinen »Betrachtungen eines Unpolitischen« prominent skizziert und propagiert, rückblickend indes bitter bereut hat (vgl. Nebelin 2024a: 317–319; 2024b i.S.): Denn zu glauben, jenseits des Politischen und der Politik leben zu können, ist eine illusionäre Haltung, die nur denjenigen nutzt, die aktiv Politik gestalten wollen, ohne sich dem kritischen Korrektiv ihrer Mitbürger:innen aussetzen zu wollen. In der Praxis unterstützen nämlich gerade »a-« oder »unpolitische« Menschen als unintendierte Nebenfolge ihres Verhaltens keineswegs jede beliebige Politik, sondern sie befördern durch ihre hinnehmende Haltung vor allem solche politischen Verfahrensweisen, mit denen sie ohnehin latent sympathisieren – das dürften zuvorderst paternalistische Politikhaltungen sein, deren Vertreter:innen ihnen versprechen, sie mit Politik nicht weiter zu behelligen.²⁶ So entsteht eine Vereinigung derjenigen, die gerne wegsehen wollen, mit denjenigen, die eine politische Agenda verfolgen, die bei genauerem Hinsehen fragwürdig erscheinen könnte – letzteres betrifft vor allem Politiken, die auf Kosten jener Minderheiten erfolgen, die eigentlich der Aufmerksamkeit und des Schutzes durch die Mehrheit bedürften. Wird diese Mehrheit jedoch von Rechtsextremist:innen und »a-« oder »unpolitischen« Personen gebildet, ist eine mehrheitliche Reaktion ausgeschlossen. Die Verteidiger:innen der pluralistischen Demokratie geraten so in die Minderheit.

5 Die Beiträge des Bandes

Die im vorliegenden Band vereinten Untersuchungen zu Brennpunkten der »neuen« Rechten beanspruchen keinesfalls, eine vollständige und umfassende Darstellung solcher Brennpunkte zu sein, wohl aber verdeutlichen sie bereits sichtbare manifeste und latente Erscheinungen des Rechtsrucks durch die »neue« Rechte. Dabei versammelt die erste Hälfte des Bandes Beiträge, denen ein regionaler Fokus

26 Aufgrund der vorgefassten Präferenzen der »A-« oder »Unpolitischen« muss auch hinterfragt werden, ob »[d]ie schweigende Mehrheit«, sofern sie als die der »Unpolitischen« qualifiziert wird, wirklich »das Bewegungspotential in der Demokratie« darstellt, wie dies etwa Depenheuer (2002: 52) annimmt.

zugrunde liegt: Sie nehmen in besonderem Maße – wenn auch nicht immer ausschließlich – die Lage in Sachsen in den Blick. Die im zweiten Teil versammelten Beiträge befassen sich hingegen mit europäischen und außereuropäischen Phänomenen der »neuen« Rechten.

Die ersten beiden Beiträge widmen sich der AfD als »parteipolitische[s] Instrument« (Pfahl-Traughber 2022: 113) der »neuen« Rechten. So untersucht *Julian Polenz* die Mobilisierung der AfD im Rahmen der Bundestagswahl 2021 in Sachsen und Bayern in vergleichender Perspektive. Den Fokus legt Polenz dabei auf die unterschiedlichen sozialräumlichen Milieus, in denen die AfD in Sachsen und Bayern überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte und geht ergänzend dazu auf ihr Framing und ihre Koalitionsbildung ein. Von Interesse sind bei Letzterem unter anderem die Verbindungen der AfD zu anderen Akteuren der »neuen« Rechten. Sein Beitrag zeigt auf Basis einer vergleichenden Mixed-Methods-Analyse, dass die Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Bayern auf unterschiedliche Milieus zurückzuführen sind. Dementsprechend unterscheidet sich auch das Framing der AfD-Politiker:innen zwischen den Bundesländern. Während in Bayern die AfD Beziehungen zu verschwörungstheoretischen und antisemitischen Akteuren pflegt, tritt sie in Sachsen relativ gemäßigt auf und betont vor allem den Wert einer ethnisch-homogenen Gesellschaft.

Die Studie von *Sarah Tell* untersucht die Rolle der AfD in den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Sachsen. Von Interesse ist dabei, wie die AfD als parlamentarischer Arm der Proteste im Sächsischen Landtag die Forderungen in das politische System übersetzt hat. Hierzu nutzt Tell Daten aus Telegram-Gruppen von AfD-Abgeordneten sowie deren Redebeiträge im Sächsischen Landtag, um Unterschiede zwischen deren inner- und außer-parlamentarischem Auftreten zu ermitteln. Ausgehend von einem methodenpluralen Forschungsdesign zeigt der Beitrag, dass in der Telegram-Kommunikation Verschwörungsgläubige stark adressiert werden, während innerhalb des Parlaments die AfD die Maßnahmen differenzierter kritisiert. Damit, so die Studie, schafft es die AfD, die Diversität der Protestierenden strategisch zu bündeln.

Neben der AfD waren die »Freien Sachsen« ein wichtiger Akteur der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Sachsen. *Susanne Rippl* untersucht in ihrem Beitrag die Mobilisierungsstrategien der »Freien Sachsen« in sozialen Medien, um die Potentiale der digitalen Infrastrukturen für relativ kleine politische Akteure zu ermitteln. Die Studie zeigt, wie die »Freien Sachsen« als Akteure der Radikalisierung der Proteste agierten, um diese für ihre Ziele, einen politischen Umsturz in Deutschland, zu nutzen. Die Verbindung von digitalem und Straßenprotest schaffte dabei eine radikalisierte kollektive Identität und hat erreicht, dass ihre rechtsextremen Frames auch Eingang in die Diskurse der gesellschaftlichen Mitte fanden.

Der Beitrag von *Frank Asbrock* und *Deliah Bolesta* beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Grundlagen der »neuen« Rechten und untersucht die Einstellungen der sächsischen Bevölkerung gegenüber Politiker:innen und Geflüchteten. Diese Einstellungen bilden schließlich einen wesentlichen Teil des ideologischen Nährbodens für den Aufstieg der »neuen« Rechten. Die quantitativ-statistische Analyse zeigt, dass negative Einstellungen gegen Geflüchtete und Politiker:innen vor allem auf einen vorhandenen »Glauben an eine gefährliche Welt« zurückzuführen sind. Dieses Ergebnis rückt weiterführend die Framingstrategien »neu«-rechter Akteure und mediale Diskurse in den Fokus, um den zu beobachtenden Rechtsruck zu verstehen und zu erklären.

Manuela Beyer stellt in ihrem Beitrag die Anastasia- bzw. Familienlandsitzbewegung in den Mittelpunkt der Analyse und beleuchtet damit den Zusammenhang zwischen der rechten und esoterischen bzw. ökologisch-alternativen Szenen. Gestützt auf die Auswertung von Anastasia-Romanen und Sekundärinterviews mit fünf Protagonist:innen der Anastasia-Szene zeigt Beyer, dass das Anastasia-Milieu nicht geschlossen rechts, sondern vielmehr heterogen ist. Die Relevanz der Anastasia-Bewegung ergibt sich daraus, dass sie sich auf »neu«-rechte Ideen bezieht und damit als Brücke zwischen rechter Szene und alternativen Milieus dient.

Die Stadt Chemnitz steht im Zentrum des Beitrags von *Johannes Grunert* und *Johannes Kiess*, indem zunächst die Kontinuitätslinien zwischen alter und »neuer« Rechten diskutiert und, daran anschließend, das extrem rechte Netzwerk in Chemnitz untersucht wird. Deutlich wird, dass dieses Netzwerk nicht erst mit den Protesten im Sommer 2018 seinen Durchbruch erlebt hat, sondern dass es über Jahrzehnte gewachsen ist. Dabei verlieren manche Gruppierungen wie die NPD oder Kameradschaften deutlich an Einfluss, während neue Gruppierungen wie die »Freien Sachsen« an Bedeutung gewinnen. Hinzu kommen immer wieder neue Themen für die extreme Rechte und wechselnde, heute oft fluide und informelle Organisationsformen. Kristallisationspunkte sind immer wieder auch die Fußballfanszene oder der Rechtsrock. Aber auch die Siedlerbewegung ist in Chemnitz und im Umland vertreten. Insgesamt ist Chemnitz ein wichtiger Anlaufpunkt für rechte Gruppen, die mit einem breiten subkulturellen Milieu in der Stadt vertreten sind und immer wieder Anknüpfungspunkte für andere Gruppierungen wie Querdenker:innen oder Putin-versteher:innen liefern.

Im zweiten Teil des Bandes zu den europäischen und globalen Schlaglichtern setzt sich *Christoph Wolf* mit dem Antisemitismus der »neuen« Rechten auseinander. Er wendet sich dabei kritisch gegen die Auffassung des Bundesverfassungsschutzes, dass Antisemitismus »kein ideologisches Grundmerkmal der Neuen Rechten« sei (Bundesamt für Verfassungsschutz 2020: 15). Seine Auffassung begründet er, indem er zum einen aufzeigt, in welchen Formen Antisemitismus in der Gesellschaft vorkommt: Neben manifesten Formen lassen sich auch »latente« ausmachen, bei denen über Formen der »Umwegkommunikation« antisemitische

Inhalte transportiert werden. Dies sei freilich – so betont er zum anderen – kein neues Phänomen, sondern stehe in der Tradition »neu«-rechter Argumentationsweisen. Diese Verbindung führe bspw. im Fall der AfD zum paradox anmutenden Befund, dass »Antisemitismus und Antisemitismuskritik [...] in der AfD vielmehr nebeneinander [existieren], solange sich die Kritik der richtigen Feindbilder bedient«.

Auch *Marcus Nolden* betont in seinem Beitrag die Bedeutung und Varianz von Feindbildern in »neu«-rechten Kommunikationen. Im Zentrum seiner Untersuchung steht freilich die Entwicklung von »Querfrontphänomenen«, bei denen Akteure verschiedener, ansonsten lange Zeit in ihrer ideologischen Ausrichtung als unvereinbar eingestufte Strömungen beginnen, miteinander in der politischen Protestpraxis – ungeachtet aller Gegensätze – zu kooperieren. Er führt dies u.a. auf die Nutzung digitaler Medien zurück, durch die Gemeinschaften und Identitäten »aktiv konstruier[t]« würden. Zentral für die lagerübergreifende Kooperation seien dabei »Brückennarrative«, die die Entstehung einer »algorithmischen Querfront« ermöglichten, die »aus der algorithmisch erzeugten erhöhten Sichtbarkeit von Themen, Narrativen und Rhetorik [resultiere], die Protestierende verbinden und Empörungspotential besitzen«. In diesem Rahmen bilden sich Formen des »Patchwork-Rechtsextremismus«, die durch die »Logik der Aufmerksamkeitsökonomie« befördert und »ressourcenschonend« verbreitet werden.

Auf die Ungleichgewichte der Aufmerksamkeitsökonomie weist hingegen *Heidrun Friese* anhand einer Analyse des europäischen Grenzregimes im Mittelmeer und der damit verbundenen (populären) Diskurse hin, die nicht nur »im scheinbar befriedeten Alltag [siedeln]« und auf diese Weise »die Rede der Neuen Rechten [stützen]«, sondern de facto »Nekropolitiken [schaffen]«. Den Kern dieser Diskurse und den Hintergrund der mit ihnen verbundenen tödlichen Praktiken bildet die Schaffung einer »imaginären Gemeinschaft« die »sich durch beständige Teilungen und Abtrennungen herstellt«. Die dadurch ermöglichte »Verhärtung gegen Andere« verbindet sich mit einer Fokussierung auf »subjektiv Gefühlte[s]«, dass »seine Reichweite am *oikos* ausrichtet und auf die eigene Hauswirtschaft beschränkt« und vor dem deshalb »Argumente nur versagen« können.

Diskursive Vereinseitigungen und Ausblendungen von Ambivalenzen identifizieren auch *Frank Görne*, *Katarina Nebelin* und *Marian Nebelin* in ihrem Beitrag zur Antikerezeption der »neuen« Rechten. Sie untersuchen drei unterschiedliche Formen »neu«-rechter Gemeinschaften, die jeweils schwerpunktmäßig in bestimmten politischen und sprachlichen Räumen verortet sind: die Nouvelle Droite in Frankreich, die Identitäre Bewegung im deutschsprachigen Raum und schließlich die Alt-Right-Bewegung in den USA. Während sich die drei Varianten der »neuen« Rechten insbesondere in Hinblick auf ihre Strukturen erheblich unterscheiden – die Nouvelle Droite ist ein intellektualistisches Elitennetzwerk (gewesen), die Identitäre Bewegung eine rechtsextreme »Jugendbewegung« und die Alt-Right zu-

vorderst ein Internetphänomen – lassen sich doch Gemeinsamkeiten in Hinblick auf den Umgang mit der Antike ausmachen: Diese wird selektiv zur Schaffung von Ursprungserzählungen rezipiert, wobei eine Perspektive politisch motivierter Deutungen dominiert, die mehr durch populärkulturelle Vorstellungen als durch wissenschaftliche Erkenntnisse fundiert sind.

Der Beitrag von *Stefan Garsztecki* über Polen befasst sich mit den ideologischen Traditionslinien und aktuellen Politikentwürfen der »neuen« Rechten in Polen. Dabei geht es vor allem um die Traditionsbezüge der unterschiedlichen Gruppierungen, die alle auf die Teilungszeit bzw. die Zwischenkriegszeit rekurrieren. Ähnlich wie bei der »Konservativen Revolution« im Verständnis Mohlers wird die Vergangenheit für aktuelle Legitimationsbedürfnisse in Anspruch genommen. Garsztecki lotet insbesondere die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Polen aus und konstatiert letztlich, dass die bis Herbst 2023 regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* = PiS) zwar keine Vertreterin der »neuen« Rechten sei, wohl aber mit verantwortlich für die Diskursverschiebung. PiS und weiter rechts stehenden Gruppierungen gemeinsam ist dabei die Ablehnung der westlichen liberalen Demokratie. PiS setzt dem ein eigenes Demokratiemodell entgegen, während rechtsextreme Gruppierungen ganz grundsätzlich ein anderes politisches System anstreben.

Lukáš Novotný setzt sich in seinem Text mit der radikalen Rechten im Parlament und außerparlamentarisch in der Tschechischen Republik auseinander. Auch hier wird zunächst der Kontext einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, hervorgerufen durch den Transformationskontext, Ängste vor zunehmender Migration und Desinformationskampagnen, aufgemacht. Innerhalb des Parlaments ist dabei die SPD (*Svoboda a přímá demokracie* = Freiheit und direkte Demokratie) die einzige Vertreterin der radikalen Rechten, obgleich sie sich in der Thematik von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen durch eine Distanzierung von offenem Rassismus abgrenzt. Das zentrale Thema der SPD ist gleichwohl die Migration, was auch die thematische Brücke zur außerparlamentarischen radikalen Rechten schlägt, die über lange Jahre von Skinhead-Gruppen geprägt wurden. Für den Aufstieg der radikalen Rechten macht Novotný das lange Ignorieren der gesellschaftlichen Unzufriedenheit, ökonomische Probleme, aber auch eine Diskursverschiebung verantwortlich, da etablierte Parteien in der sogenannten Migrationskrise Desinformationskampagnen nicht nur nicht entgegneten, sondern deren Argumente sogar teilten.

Literatur

Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp.